Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: 3 (1984)

Heft: 3: Atomkraft/Waldsterben

Artikel: Die Initiativen als Signal : ein Erfolg ist gesichert

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-586452

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Initiativen als Signal

Ein Erfolg ist gesichert

Wie denn? Die Befragungen der Meinungsforscher im Vorfeld der Volksabstimmung vom 23. September über die Volksinitiativen «für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung» (Energie-Initiative) und «für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke» (Atominitiative) zeigen ein verwirrliches Bild. Zustimmung, Ablehnung – auf Messers Schneide. Im Tessin und im Welschland scheint eine Mehrheit gewillt, die Energiesucht einzudämmen und das Joch der Atomwirtschaft abzuschütteln, bei älteren, konservativen Deutschschweizern hingegen herrscht Skepsis vor. Motto: «Nur keine Experimente» – bis zum bittern Ende des umweltzerstörerischen Irrlaufs.

Der Ausgang des Abstimmungskampfes ist ungewiss. Eindeutig nur: Die Mehrheit der Schweizer will kein Atomkraftwerk Kaiseraugst. Doch niemand wagt vorauszusagen, wie die Stimmbeteiligung sein wird und welche Kreise sich zum Urnengang bewegen lassen. Sind beispielsweise Unentschlossene durch einleuchtende Argumente – etwa über die Unwirtschaftlichkeit der Atomenergie oder über die zusätzlichen Arbeitsplätze durch Energiesparen – zu einem überzeugten **Ja** zu motivieren? Oder verfangen «gefühlsbetonte» Leerformeln, wie «Strom ist Leben», «Strom bringt Geborgenheit», inhaltlose Slogans, von psychologisch geschulten Reklamespezialisten zielbewusst zur Beeinflussung einfacher Gemüter lanciert?

Die Propaganda-Lawine bricht los...

Wer über die Atom- und Energieinitiativen spricht, ihre Ziele und Möglichkeiten darzulegen versucht, auf der Strasse, am Stammtisch, in Versammlungen, im Säli des «Bärens» oder des «Ochsens», dort, wo die politische Geselligkeit zumeist im Verborgenen blüht, kurz, wer über die bevorstehende Abstimmung sachlich zu orientieren versucht, der muss immer wieder gegen das Achselzucken der Resignierten ankämpfen: Volksinitiativen – und erst noch Begehren, welche den Widerstand wirtschaftspolitisch mächtiger Interessengruppen herausfordern, hätten – so wird befürchtet – kaum eine Chance. Die Propagandawalze der Kapitalkräftigen werde das Meinungsfeld einebnen, der politischen Phantasie und den besseren Argumenten den Atem rauben. Zudem stütze die überlebte Wachstumsideologie die bestehende Machtstruktur und rechtfertige die grosstechnologische Entwicklung; Konzentration von Macht und Kapital – mag dabei der einzelne Mensch auch in immer drückendere Abhängigkeit geraten und die Natur veröden...

Bürgereigensinn und Widerstand

Doch diese Bedenklichkeit greift zu kurz. Die innerliche Auflehnung gegen die Umweltzerstörung und den wirtschaftspolitischen Leerlauf der Verschwendung darf sich nicht mit der zu einfachen Fragestellung «Atomkraftwerkbau verhindern oder nicht?» begnügen. Das grosse Verdienst der Initiativen ist es, uns allen zum richtigen Zeitpunkt die **richtige Frage** gestellt zu haben. Hierin sehe ich den **ersten Erfolg** unserer Volksinitiativen. Sie zwingt die Eidgenossen zum Nachdenken über den Sinn ihrer Gemeinschaft und die Lebensgrundlage kommender Generationen. Und sie erinnert an die alteidgenössische Antwort der Vermittler und Friedensstifter: «Machet den Zaun nicht zu weit.»

Selbst der Bundesrat ist in ehrlichen Momenten gegenüber dem unbedacht zelebrierten Fortschrittsglauben skeptisch geworden. Auch im Bundeshaus weiss man eigentlich, «dass eine unveränderte Weiterführung gewisser Entwicklungstendenzen in den Bereichen Bevölkerung, Ressourcen und Umwelt sowohl für unser Land als auch die Welt grosse Gefahren mit sich bringen könnten...» So zu lesen im kürzlich herausgegebenen Bericht des Bundesrates über die Umweltprobleme.

Beim Wiederlesen des Satzes ist man versucht, im Stile der Fabel-Erzähler auszurufen: «Gut gebrüllt Löwe! Warum aber hockest du wie vom Schlangenblick gebannt da und tust schlicht nichts? Kannst du deinen Käfig, in den dich die Interessenvertreter vom Vorort bis zum hintersten Trucker gesteckt haben, nicht mehr verlassen? Wir möchten dein Brüllen vernehmen und nicht die ‹Vernehmlassung der Direktbeteiligten›.» Ganz im Vertrauen und unter uns gesagt: Dieses Vorgehen ist streng genommen verfassungswidrig!

Längst hat es sich herausgestellt, dass sich Wirtschaft, Experten und Bürokraten in ihren Prognosen geirrt haben. Die Zehnmillionen-Bevölkerungsvorhersagen wie auch die 1972 vom Amt für Energiewirtschaft «sachkundig» vertretene Ansicht, es sei alle zwei Jahre ein neues Atomkraftwerk notwendig, ansonst die Lichter ausgehen müssten –, diese Behauptungen wirken heute so albern, dass man sie diskret vergessen sollte.

Was bleibt ist die Tatsache, dass sich Bürgereigensinn, verstärkt durch Aufklärung und Protest der Umweltschutzorganisationen, gelohnt hat. Inzwischen sind mit der üblichen Verzögerung gegenüber der sensibleren Volksmeinung auch viele Parlamentarier «ergrünt», wenn auch das im Winde flatternde grüne Mäntelchen sich allzuhäufig noch als Tarnkappe entpuppt.

Doch die Zweifel an der Notwendigkeit des Atomstromes wachsen. An vielen Stellen wird ernsthaft nach Mitteln gegen den Verschleiss geforscht, denn der gefährliche «Atomstaat» kann nach allgemeiner Überzeugung bloss ein kurzes Zwischenspiel sein, ein bedrohlicher Pfad auf dem Weg zu grundsätzlich alternativen Lösungen.

Auf leisen Sohlen schleicht der Gesinnungswandel in verunsicherte Ämter. Im Bericht des Bundesamtes für Umweltschutz wird festgehalten, «das Ausmass der Bedrohung wird zum Teil tiefgreifende Änderungen im Verhalten der einzelnen und der Staaten erfordern. – Dem Aussterben von Tier- und Pflanzenarten ist dringend Einhalt zu gebieten. Ganze Ökosysteme sind zu schützen oder wiederherzustellen. – Das Bewusstsein der Verantwortung gegenüber

heutigen und zukünftigen Generationen zwingt zur intensiven Suche nach Lösungen für die sich stellenden Probleme. Dem Erfindergeist des Menschen steht eine harte Bewährungsprobe bevor.»

Weichenstellung für die Zukunft

Und in dieser sich anbahnenden **neuen Bewertung der lebenswichtigen Staatsaufgaben** erkennen wir den **zweiten Erfolg** unserer Volksinitiativen. Zwar wird bei den üblichen Gepflogenheiten unseres Männnerstaates kein «aufrechter Politiker» sein Gesicht verlieren wollen. Doch die meisten ahnen, dass der «Bedarfsnachweis» für den Bau des Atomkraftwerkes Kaiseraugst mit fragwürdigen Mitteln erbracht worden ist. Auch die Bundesbehörden wissen, dass das Projekt «Gewähr» für die Endlagerung radioaktiver Abfälle nicht wie versprochen bis 1985 einen «Machbarkeitsbeweis» zu erbringen vermag. Eine Fristenerstreckung wird notwendig werden, obschon ein bundesrätlicher Brief vom 29. Januar 1979 eine weit radikalere Lösung vorsieht: «Kernkraftwerke müssen bis 1985 ‹Gewähr› nachweisen können; andernfalls wird der Bund diesen Kraftwerken die Betriebsbewilligung entziehen.» Wieder einmal mehr: Versprechen, die keiner mehr kennt.

Emotion und Erfahrung

Der Kampf gegen die Atomkraft – so wird häufig aus gesellschaftspolitischer Sicht argumentiert – sei mehr emotional bedingt als sachlich begründet. Kühlturm und Strahlenkamin müssten als Symbole des «Malaise Suisse» Blitzableiter für das ungute Gefühl weltweiter Bedrohung spielen. Sachzwänge der wirtschaftspolitischen Entwicklung, die den Schweizer mit einem Netz von Abhängigkeiten umschlingen, seine Siedlungsräume belasten, hemmen sein Heimischsein im Land der Väter.

Gefühle oder Wissen?

Doch wohl beides. Ich war 1957 bei der «Sternstunde der schweizerischen Kernenergie» dabei, als der damalige Bundesrat Max Petitpierre durch einen Knopfdruck den ersten schweizerischen Versuchsreaktor in Betrieb setzte und das Wasser in der Tiefe bläulich zu schimmern begann. Wir Zuschauer wähnten uns an der Schwelle einer besseren Zeit: Friedliche Nutzung der Atomenergie, unerschöpfliche Energiequelle, eine Verheissung, eine Etappe auf dem Weg aus dem Reich der Beschränkung in das Reich der Freiheit.

Doch welche Enttäuschungen im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte!

«Bei näherem Zusehen hat jeder seine Leichen im Keller», behauptete kürzlich Louis von Planta, Verwaltungsratspräsident der Ciba-Geigy. Und dieses bitterböse Top-Manager-Wort trifft insbesondere auf die Atomwirtschaft zu: Seit dem 21. Januar 1969 strahlt der inzwischen eingekerkerte Versuchs-Reaktor in Lucens still vor sich hin und keiner hat bislang die Gründe der Katastrophe ergründen können. Die überrissenen Investitionen in die Atomwirtschaft und in die Atomforschung sind mitschuldig daran, dass die Schweiz auf einzelnen Gebieten – Alternativtechnologie, Computer – den Anschluss an die Spitzentechnologie verloren hat, was dem Werkplatz Schweiz Zehntausende von Arbeitsplätzen kostete. Eine Untersuchung des Sankt-Galler Zentrums für Zukunftsforschung ermittelt: «Die Maschinenindustrie hat Mühe mit Hochtechnologie.»

Der kaputte Atommeiler von Harrisburg ist trotz eines Milliardeneinsatzes und mehrerer verseuchter «Reiniger» nach wie vor radioaktiv, in der Gegend von Windscale (Wiederaufbereitung der Uran-Stäbe) häufen sich die Leukämiefälle, amtliche Untersuchungen in der Schweiz bestätigen den Verdacht, die Schadwirkung der Luftverschmutzung werde durch die radioaktiven Gase der Atomkraftwerke verstärkt und das Waldsterben dadurch beschleunigt.

Und schliesslich sind für freiheitsliebende Schweizer die unheimlichen Folgen des Atomstaates bedrückend. Die Behörden erwägen in ihren Planspielen den Einsatz von Militär bei einer neuerlichen Protest-Besetzung des Kaiseraugst Geländes. Führungsproblem: Welche Truppenteile sind gewillt, Umweltschützer ins Visier zu fassen?

«Unter Billigung einer gewaltigen Mehrheit der uninformierten Öffentlichkeit segnet gegenwärtig die zürcherische und eidgenössische Justiz die Praxis der Regierung ab, die mit Hilfe der Polizei die öffentlichen Probleme zu lösen oder zu verdrängen hofft, gleichgültig wie viele Späne da auch fliegen und danebenfliegen mögen. – Wie ist es möglich, dass immer wieder die sogenannte Ruhe mit Ordnung und Recht verwechselt wird? – Schon braucht es offenbar wieder Mut, ein guter Richter zu sein.» – so der kürzlich verstorbene Strafrechts-Professor Peter Noll in seinen Überlegungen zum Thema Machtphilosophie als Grundlage für Rechtsphilosophie. Doch eigentlich kann jeder aufmerksame Schweizer selber wahrnehmen, wie nachhaltig der von Machtkonzentration und Grosstechnologie geprüfte Atomstaat die Bewegungsfreiheit des einzelnen und die Freiheitsbewegung im Volk einschränkt.

Veränderte Parteienlandschaft

Ist es nicht bezeichnend, dass der Sohn jenes Bundesrates, der den Anbruch des Atomzeitalters pries, Nationalrat und Rechtsprofessor Gilles Petitpierre, heute zu den überzeugten Gegnern der Atomenergie zählt, dass anerkannte Ökonomen, wie etwa Volkswirtschafts-Professor Hans Christop Binswanger, der Theoretiker des «qualitativen Wachstums», die Atomenergie aus wirtschaftspolitischen Erwägungen ablehnt und vor den Gefahren der «heimlichen Planwirtschaft der Elektro-Konzerne» warnt, dass Gewerkschaftsführer wie der christlichsoziale Nationalrat Rolf Seiler die Initiativen unterstützen, weil sie zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Die Liste lässt sich mühelos verlängern, Ärzte etwa, die gesundheitliche Schäden vor allem bei Kindern durch die wachsende Umweltverschmutzung feststellen, kurz: alle jene Schweizer, die mit offenen Augen und wachen Sinnen zusehen müssen, wie die Landschaft zubetoniert wird, Tierarten und Pflanzengattungen aussterben.

Und der Mensch? Kann er wirklich nicht handeln?

Kein Zweifel: Die hintergründige Problemstellung der Atom- und Energieinitiativen ist zu einem zentralen Schwerpunkt aktueller Politik geworden und hat erstarrte Parteifronten aufgelockert. **Parteiprogramme und Parteisysteme sind durcheinandergeraten,** ein **dritter Erfolg** der Volksinitiatven.

Die soziale Frage erweitert sich zur Überlebensfrage. Im Grunde genommen enthalten die beiden Volksinitiativen jene politischen Strategien, die wir angesichts der Arglist der Zeit befolgen sollten, um Schritte in der richtigen Richtung zu tun. Die politische Tat löst mit einer Annahme der Volksinitiativen die Phase des politischen Stillstandes und der leeren Versprechungen ab.

«Unorientierte Öffentlichkeit»

Dürfen wir nicht kühl und gelassen den besseren Argumenten vertrauen, die unsern Volksinitiativen die Annahme sichern sollten? An dieser Stelle muss der aufrechte Demokrat leider zweimal leer schlucken. Die Analysen unserer Abstimmungen nach dem Urnengang durch Forschungsstellen der Universität und private sozialpolitische Arbeitsgruppen ergeben: Mehr als die Hälfte der Stimmenden wissen im Grunde genommen in der Regel nicht präzise worüber sie abstimmen und welche Folgen ihr Entscheid haben wird. Viele sprechen sich in Unkenntnis der Sachlage gegen ihre eigenen Interessen und gegen ihre wirkliche Meinung aus. Ihre Ablehnung galt nicht der Sache, sondern dem «Schnüffelstaat» oder den «Systemveränderern», schlimme, angsteinflössende Wörter, die ihnen durch die Propaganda eingehämmert werden. Sie können ja nicht wissen, dass sie durch tiefenpsychologisch geschulte Informationsverhinderer – vor-

Fortsetzung Seite 7

stimmen muss, wenn er weiter bedient werden will: denn zum Kochen braucht es Energie. Eine unwahrscheinlich neue Erkenntnis... Wer diesen Aufwand finanziert, war an der Zürcher Gotthardstrasse nicht im Detail zu erfahren: «Wir können nicht sagen, wie der Finanzschlüssel genau aussieht.» Wir können es uns aber auch so vorstellen.

*

Unter anderem geht es bei der Abstimmung auch um die Zukunft von Kaiseraugst, dem Atomkraftwerk oder der Gemeinde, je nach Standpunkt. Dass auch noch Graben auf dem Programm steht, wird zurzeit fast vergessen. Das aber hindert die Schweizerische Vereinigung für Atomenergie nicht daran, zu verkünden, dass auch das Atomkraftwerk Verbois notwendig ist. Heisst es doch in den «Kernpunkten» allen Ernstes: «Wenn die Hochspannungsleitung vom KKW Mühleberg nach Verbois und das Kernkraftwerk Verbois nicht endlich gebaut werden können, ist ein Zusammenbruch der Elektrizitätsversorgung in Genf und im Einzugsgebiet des Genfersees nicht auszuschliessen.»

*

Dramatisch eine andere Bemerkung in der gleichen Publikation: Als «Todesstoss für den Wald» wird die Atominitiative bezeichnet. Das ist nicht nur faustdick gelogen, es ist auch dumm, aber in diesen Kreisen üblich, denn ein anderer Elektromann, beschäftigt bei der Ingenieur- und Kraftwerksfirma Motor Columbus, fragte an einer SVA-Tagung, «ob die Kernenergiegegner nicht eigentlich «verkappte Waldsadisten» seien. Am gleichen Anlass musste er jedoch zugeben, dass weitere Atomkraftwerke keinen einzigen Baum retten würden. Der Wald stirbt nämlich schneller, als ein AKW gebaut wird. Und abgesehen davon haben die bestehenden Atomkraftwerke bisher das Waldsterben auch nicht verhindern können, nirgendwo. Sowenig wie sie Arbeitsplätze erhalten konnten: das AKW-gesegnete Frankreich hat die höchste Arbeitslosenrate von Westeuropa.

*

Apropos Frankreich: Jetzt bekommt die Schweiz auf dem internationalen Strommarkt ernsthaft Konkurrenz: Eben hat die Energieversorgung Schwaben (EVS) mit der Electricité de France einen Vertrag über Stromlieferung abgeschlossen, der später verlängert werden soll bis in die 90er Jahre. Dazu EVS-Sprecher Peter Heiniger: «Grundlaststrom aus Frankreich kann für uns eine hochwillkommene Ergänzung unserer bisher vorwiegend aus Österreich und der Schweiz orientierten Auslandbezüge sein.» Leibstadt lässt über den Rhein grüssen...
Das Land Baden-Württemberg aber wird sich auf diese Weise wohl den Bau des am Rhein ebenfalls gelegenen AKW Wyhl sparen.

Fortsetzung von Seite 5

nehm Public-Relations-Experten genannt – manipuliert werden. Millionenschwere Reklame-Budgets machen's möglich...

Ach Herr Ständerat!

Es gehört zu den politischen Gepflogenheiten des Kantons Aargau, dass jeweilen mindestens einer der Herren Ständeräte als Mitarbeiter oder Verwaltungsrat besonders enge Beziehungen zum BBC-Konzern, der grössten Unternehmung des Standes Aargau, unterhält. Zurzeit erfüllt Ständerat Hans Letsch, Verwaltungsrat BBC, diese Aufgabe beinah zu perfekt, um politisch überzeugend zu wirken. Sicherlich, ein heller Kopf, ein tüchtiger Mann mit eindeutiger Haltung, der in der Wirtschaftspolitik von allen bürokratischen Einschränkungen unbelastete «freie Unternehmungen» fordert. Darüber kann man in guten Treuen verschiedener Meinung sein, wenn uns auch die Erfahrung lehrt, dass spätkapitalistisches Laisser-faire weder dem einfachen Volk noch dem Umweltschutz hilft. Item – doch Ständerat Letsch fühlt sich verpflichtet, im rechthaberischen Tonfall der Gegner der Atom- und Energieinitiativen in die energiepolitische Diskussion einzugreifen. Er stellt in der Presse die rhetorische Frage «Systemveränderung statt Energiepolitik?» – und gibt auch gleich die von ihm erwartete Antwort: «Von der Sache her schiessen beide Initiativen über das Ziel hinaus. Vieles deutet darauf hin, dass es den Initianten, insbesondere jenen gegen weitere Atomkraftwerke, weniger um die Sache als vielmehr um gesellschaftliche und wirtschaftliche Systemveränderung geht.»
«Diese Behauptung», verehrter Herr Professor, «die glauben Sie doch selber nicht!» Statt die Befürworter eines sparsamen Energieverbrauches, die Naturfreunde und Umweltschützer aus allen Volkskreisen anzuschwärzen, müsste eigentlich ein Politiker ihres Formates gelegentlich einen Blick in das Statistische Jahrbuch tun: In unserer Jugend, verehrter Herr Ständerat, war jeder Dritte ein Selbständig-Erwerbender, heute noch jeder Zehnte, jeder vierte Schweizer ein Bauer, heute jeder Siebzehnte, die Zahl der bodenlosen Mieter ist auf über siebzig Prozent angewachsen, der Kampf der Grossverteiler gegen den Detailhandel hat härteste Formen angenommen, im Bereich der Grosstechnologie widersetzen sich die Mächtigen eigensüchtig der Durchführung alternativer Konzepte. Warum bezeichnen Sie jene, die den Ritt auf dem Tiger unserer Verschwendungsgesellschaft nicht mehr mitmachen wollen und damit als **Bewahrer** unseres kleinräumigen Landes und der überlieferten Freiheitsrechte wirken, als «Systemveränderer»? Dabei wird hierzuland dieses Wort mit dem Odium des Unschweizerischen, des Chaotischen, des Revolutionären behaftet. –
Lassen wir uns nicht entmutigen. Denn – darin erkenne ich den **vierten Erfolg** unserer Initiative – Verleugnungen haben kurze Beine und längerfristig **werden sich unsere Ideen durchsetzen.** Die nächste Generation will leben. Darum ein

Ja

für Volk und Land, die sich aus den «Sachzwängen» der Umweltzerstörung befreien und sich ihrer Verantwortung gegenüber der Schöpfung bewusst sind, ein zweifaches

Ja

den Volksinitiativen für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung

und

für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke. Werner Geissberger

◆